

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36

**Mehr preisgünstigen Wohnraum braucht das Land**

Das Land Bremen wächst und gewinnt gegenwärtig weiter an Einwohner\*innen. Mit dieser positiven Entwicklung geht einher, dass wir weiteren Wohnraum schaffen müssen, um ein menschenwürdiges Wohnen für alle zu gewährleisten. Wir Jusos begrüßen in diesem Zusammenhang die seit 2012 im Land Bremen umgesetzten Wohnraumförderungsprogramme, von denen in diesem Jahr das dritte aufgelegt wurde, um bis 2020 ein jährliches Ausbauziel von rund 1.400 Wohnungen zu erreichen. Zwar sind der soziale Wohnungsbau und auch der Ausbau des studentischen Wohnens in den Programmen berücksichtigt bzw. benannt, doch wir Jusos sehen gerade in diesen beiden Feldern und in der Unterstützung der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften weiteren Handlungsbedarf, um preisgünstigen Wohnraum schnell zu schaffen.

Deshalb fordern wir,

- dass sich der Senat klar dafür ausspricht, die städtischen Wohnungsbaugesellschaften im Land Bremen auch langfristig in öffentlicher Hand zu halten und nicht zu verkaufen. Dies gilt aktuell für die Anteile der Gewoba, die bislang von der Bremer Landesbank gehalten wurden. Hier soll sich der Senat klar für die Übernahme dieser Anteile einsetzen.
- dass die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften in ihren eigenen Bautätigkeiten für preisgünstigen Wohnraum durch das Land Bremen durch Vorkaufrechte und die Bereitstellung von Haushaltsmitteln stärker unterstützt werden.
- dass die Quote für sozialen Wohnungsbau zu einer dynamischen Quote von mindestens 25 Prozent weiterentwickelt wird und in Gebieten mit geringen Anteil an preisgünstigem Wohnraum auf mindestens 50 Prozent hochgesetzt wird. Gleichzeitig soll die Quote bereits ab 10 Wohneinheiten im Geschossflächenbau bzw. ab 25 Wohneinheiten bei Einfamilienhäusern / gemischten Gebieten gelten.
- dass sich der Senat und der Magistrat stärker für die Schließung von Baulücken sowie die Aufstockung in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt (Innenstadtlagen) einsetzt und prüft, inwieweit derzeit leerstehende Bürogebäude für Wohnraum genutzt werden können – natürlich unter Berücksichtigung der neuen, dynamischen Quote für sozialen Wohnungsbau.

- 37 • dass sich der Senat für den weiteren Bau von öffentlichen Wohnheimplätzen für  
38 Studierende und Auszubildende in gemischten Wohnformen einsetzt, indem das  
39 Studentenwerk Bremen und die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften mit Haus-  
40 haltsmitteln unterstützt werden und ihnen ein Vorzugsrecht bei der Bauplatzvergabe  
41 eingeräumt wird.  
42
- 43 • dass der Senat kurzfristig ein Umsetzungskonzept entwickelt und vorlegt, wie, bis  
44 wann und wo die von der SPD-Bürgerschaftsfraktion im November 2015 geforderten  
45 1000 Wohnheimplätze mit Hilfe des Studentenwerkes Bremen geschaffen werden  
46 sollen.  
47
- 48 • dass der Senat (rechtliche) Grundlagen schafft, dass bei der Neuentstehung von  
49 Stadtteilen bzw. größeren Wohngebieten auch öffentliche Studierendenwohnheime,  
50 gerne in gemischten Wohnformen, entstehen können und auch bei der Nachver-  
51 dichtung eine Rolle spielen.  
52
- 53 • dass sich das Land Bremen auf der Bundesebene für ein bedarfsgerechtes Förder-  
54 programm für studentischen Wohnraum einsetzt. Dieses muss sich an dem Investi-  
55 tionsbedarf der Bundesländer mit niedrigen Versorgungsquoten wie Bremen orien-  
56 tieren und die Bundesfinanzierung für Neubau und Sanierung dieser Wohnart (auch  
57 in gemischten Wohnformen) sicherstellen.  
58
- 59 • dass sich der Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion frühzeitig für die Verabschie-  
60 dung eines vierten Wohnraumförderungsprogramm einsetzt, das an das dritte  
61 Wohnraum-förderungsprogramm anknüpft, über mehr finanzielle Mittel verfügt und  
62 unsere o.g. Forderungen, die noch nicht Bestandteil sind, aufgreift.